

Europa zwischen Frieden und Krieg

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **41 (1994)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-368469>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

die Kredite für diese Bereiche grundsätzlich auf die Hälfte reduziert. Was das für den Zivilschutz bedeuten würde, wissen Sie besser als ich.»

Gegenwärtig werde wieder diskutiert, ob möglichst alle Bereiche der Gesamtverteidigung und der Sicherheit in einem sogenannten Sicherheitsdepartement oder Gesamtverteidigungsdepartement zusammenzufassen wären. Verschiedene Parlamentarier versprechen sich davon eine bessere Nutzung von Synergien und verkürzte Entscheidungswege.

Mit der bevorstehenden Regierungsreform hat dieses Projekt gemäss Hansheiri Dahinden an Aktualität gewonnen. Einem solchen «Mammutdepartement» steht der Direktor des ZGV verständlicherweise eher skeptisch gegenüber. «Man scheint im Parlament grosse, ja fast euphorische Erwartungen daran zu knüpfen, und dieser Erwartungsdruck könnte trotz allen Fragezeichen zu einer Realisierung des Vorhabens führen.»

Schliesslich orientierte Dahinden über die Arbeit der Studienkommission, welche die

Frage einer allgemeinen Dienstpflicht zu prüfen hat. Die Kommission unter der Leitung von SZSV-Vizepräsidentin Christiane Langenberger hat gemäss dem ZGV-Direktor bisher ausserordentlich intensiv und seriös gearbeitet. Im laufenden Jahr werden vor allem mögliche Modelle studiert, die auch die sachliche Machbarkeit aufzeigen sollen. «Zweifellos handelt es sich hier um eine staatspolitische Entscheidung ersten Ranges. Sie ist deshalb sehr sorgfältig zu prüfen», betonte Hansheiri Dahinden. ▣

Ernst Mühlemann, Nationalrat, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats und Berichterstatter im Europarat bezüglich der Aufnahme Russlands in die EU

Europa zwischen Frieden und Krieg

JM. Ein vereintes Europa sei leider noch in weiter Ferne, meinte FDP-Politiker und Europakenner Ernst Mühlemann zu Beginn seiner Ausführungen. Eine leidigliche Stabilität und gewisse Fortschritte bei der Verwirklichung einer umfassenden Europäischen Union hätten die westlichen Staaten Europas ja erreicht, seinen wichtigsten politischen Leistungsausweis jedoch – die Befriedung Ex-Jugoslawiens – habe der Westen bisher nicht erbracht: In den Oststaaten unseres Kontinents sehe die Lage heute ganz allgemein problematisch und konfliktträchtig aus.

Im heutigen Russland habe Präsident Gorbatschow seinerzeit auch für den einzelnen Bürger Erstaunliches wie Glasnost und Perestroika zustande gebracht. Unter Nachfolger Jelzin, dem Zauderer mit seiner Hüst-und-Hott-Politik, gingen die meisten Errungenschaften für den kleinen Mann wieder verloren. Was sich gegenwärtig in Russland zeige, sei ein riesiges kommunistisches Trümmerfeld. Nicht von ungefähr gewinne der ultrarechte Politiker Schirinowski mehr und mehr Anhänger. Heute bereits sagten viele unzufriedene Bürger in Russland: «Wir brauchen wieder einen starken Mann; solange wir einen solchen hatten, ging's uns gut.»

Der Westen – so Mühlemann – müsse sich davor hüten, Schirinowski und seine Anhänger als Angeber und Grossmäuler ab-

zutun. Von ihnen könnte für die ganze westliche Welt eine grosse Gefahr ausgehen.

Der Referent orientierte hierauf kurz über seine kürzlichen Reisen ins frühere Jugoslawien. Der «Duce von Sarajewo», so Ernst Mühlemann über Serbenführer Milosevic, werde sich mit Worten allein nie von seinen Angriffsgelüsten abbringen lassen; ihn und seine Generalität könnten nur energische und konzentrierte Aktionen des Westens beeindrucken. Der Schlüssel zum Frieden liege in Belgrad, und die Wende könne erst mit dem Abgang Milosevics von der politischen Bühne kommen. «Zumindest bis dahin schwankt Europa zwischen Frieden und Krieg», meinte Nationalrat Mühlemann am Schluss seiner interessanten Ausführungen. ▣

Halbierungsinitiative

JM. Die am 24. Dezember 1992 von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz eingereichte Initiative «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik» (Halbierungsinitiative) hat folgenden Wortlaut:

«Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt ergänzt:

Übergangsbestimmungen Art. 20 (neu)

1. Der Bund kürzt die Kredite für die Landesverteidigung jährlich um mindestens 10 Prozent gegenüber dem Voranschlag des Vorjahres, bis die Ausgaben für die Landesverteidigung auf mindestens die Hälfte der Rechnung des Jahres vor der ersten Kürzung reduziert sind. Die Teuerung wird dabei ausgeglichen.

2. Mindestens je ein Drittel der dadurch eingesparten Beträge wird eingesetzt für:

a) Zusätzliche internationale Friedenspolitik (Schutz der Lebensgrundlagen, Entwicklungszusammenarbeit, Konfliktverhütung) und

b) zusätzliche soziale Sicherheit im Inland.

3. Der Bund fördert die Umstrukturierung der von der Abrüstung betroffenen Betriebe und Verwaltungen auf zivile Güter und Dienstleistungen. Er ergreift Massnahmen insbesondere zugunsten

a) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

b) der vom Abrüstungsprozess betroffenen Regionen.

4. Der Bund fördert und unterstützt schweizerische, europäische und weltweite Institutionen und Bemühungen für Konfliktverhütung, friedliche Streitbeilegung, Abrüstung und kollektive Sicherheit.» ▣



«Europa schwankt zwischen Frieden und Krieg»: Nationalrat Mühlemann zur heutigen Situation auf dem Alten Kontinent.

FOTO: H.J. MÜNGER